

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Kurt Duwe (FDP) vom 23.07.14

und Antwort des Senats

Betr.: Esso-Häuser – Vergabe und Kosten des Beteiligungsverfahrens

Aktuellen Presseberichten zufolge soll der Bezirksamtsleiter Andy Grote die Leistungen zur Durchführung des Beteiligungsverfahrens für die Neubebauung auf dem Gelände der ehemaligen Esso-Häuser ohne Ausschreibung vergeben haben. Da es sich dabei um eine Leistung im hohen fünfstelligen Eurobereich handeln soll, könnte es sich um einen Verstoß gegen die Vergaberichtlinien handeln.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Ziel des Bezirksamtes ist es, nach den intensiven Kontroversen um die Zukunft der Esso-Häuser und auch über die weitere Entwicklung St. Paulis insgesamt, einen konstruktiven und im Stadtteil breit getragenen und akzeptierten Planungsprozess zu organisieren. Der Bezirk verfolgt auf dem Grundstück eine Neubebauung, die sich in die gewachsenen Stadtteilstrukturen einfügt und die Interessen der vorhandenen Bewohnerschaft und Gewerbetreibenden maßgeblich einbezieht. Es soll deshalb ein über die üblichen Beteiligungsformate hinausgehendes, frühestmögliches, intensives und niedrigschwelliges Beteiligungsverfahren ermöglicht werden, mit dem möglichst viele Anwohnerinnen und Anwohner von St. Pauli aktiv einbezogen werden. Bereits in einer frühen Phase dieser Überlegungen ist die örtliche Planungsinitiative „PlanBude“ mit einem konkreten Konzept auf das Bezirksamt zugekommen. Das Bezirksamt hat nach intensiver Prüfung die Einschätzung gewonnen, dass das von „PlanBude“ entwickelte Konzept den bezirklichen Erwartungen an das durchzuführende Beteiligungsverfahren in besonderer und einzigartiger Weise entspricht. Insbesondere die Vielzahl der kreativen, innovativen und teilweise experimentellen Beteiligungsinstrumente und Prozessbausteine, die Multiprofessionalität des Planbuden-Teams, deren Erfahrungen mit ähnlichen aktivierenden Beteiligungsprozessen, die Verankerung der Akteure im Stadtteil sowie die enge Ausrichtung des Prozesses an den Strukturen des Stadtteils werden als Qualitäten eingeschätzt, die für den Erfolg des Beteiligungsverfahrens maßgeblich sind und die in dieser Form nur von „PlanBude“ angeboten und abgebildet werden können.

Dieses Alleinstellungsmerkmal von „PlanBude“ rechtfertigt die Absicht des Bezirksamtes, den Auftrag für ein Beteiligungsverfahren freihändig zu vergeben.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

1. *Wurde vor der Beauftragung des Beteiligungsverfahrens eine Ausschreibung durchgeführt?*

Wenn ja, welches Ausschreibungsverfahren wurde aus welchen Gründen gewählt?

Wenn nein, wie begründet der Senat das Vorgehen und auf welcher rechtlichen Grundlage konnte so entschieden werden?

Eine Beauftragung ist noch nicht erfolgt. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

2. *Laut Presseberichten handelt es sich bei der beauftragten Leistung um ein „hochspezifisches Beteiligungskonzept“, dass nur von Planbude GbR angeboten wurde.*
 - a. *Welche weiteren Unternehmen wurden im Rahmen der Beauftragung um Abgabe eines Angebotes gebeten?*

Es wurde für ergänzende Leistungen das Büro Urbanista angefragt.

- b. *Wie viele Unternehmen haben ein Angebot abgegeben?*
- c. *Worin unterschieden sich die angebotenen Leistungen?*

Siehe Vorbemerkung.

3. *Welches Unternehmen wurde mit der Durchführung des Beteiligungsverfahrens beauftragt?*

Bislang wurde noch kein Unternehmen beauftragt.

4. *Welche Aufgabe soll dem Büro Urbanista im Rahmen des geplanten Beteiligungsverfahrens zukommen?*

Das Büro soll die Beratung und Moderation während des Beteiligungsprozesses, insbesondere im noch einzurichtenden, den Prozess begleitenden Koordinationsgremium, bestehend aus Vertretern der Kommunalpolitik, dem Eigentümer, dem Bezirksamt und den Vertretern/-innen des Stadtteils, übernehmen.

Des Weiteren ist eine Unterstützung des Verfahrens vorgesehen, unter anderem bei der Übersetzung und Formulierung der Ergebnisse von „PlanBude“ für das Wettbewerbsverfahren sowie die Rückkopplung der einzelnen Ergebnisse mit dem Bezirksamt.

5. *Wie soll das Beteiligungsverfahren konkret ausgestaltet sein? Welche Maßnahmen/Schritte sind vorgesehen, um die gewünschte Bürgerbeteiligung sicherzustellen? Welche Leistungen machen das Beteiligungsverfahren zu einem „hochspezifischen Beteiligungskonzept“?*

Folgende Aufgaben sollen beauftragt werden:

Konzeptionelle Entwicklung, künstlerische Gestaltung, Betrieb und Bespielung der „PlanBude“ als Standort des Beteiligungsverfahrens vor Ort.

Durchführung eines co-kreativen und künstlerischen Prozesses der Beteiligung unter Anwendung folgender Methoden beziehungsweise Durchführung der folgenden Veranstaltungen:

- Eröffnungsfest
- Konzeption, Entwurf, Layout und Druckvorlage einer Einladung und einer parallel durchzuführenden Fragebogenaktion für alle Haushalte
- Aktivierende Befragungen von Bewohnern und Gewerbetreibenden im Stadtteil
- Organisation und Durchführung von mehreren Workshops
- Errichtung eines Internetauftritts
- Durchführung von vertiefenden Veranstaltungen
- Entwicklung von Planungstools, Anleitung und Betreuung der kreativen Entwicklung von Modellen und so weiter durch Bürgerinnen und Bürger
- Übersetzung der Ergebnisse in eine Sammlung von Vorschlägen, Einschätzungen, Beschreibungen, bildlichen Darstellungen, die eine Grundlage für einen Beitrag zu einer Wettbewerbsausschreibung bildet.
- Mitwirkung an der Erarbeitung von Anforderungen für die Wettbewerbsausschreibung

Die Besonderheit des Konzepts „PlanBude“ besteht in den folgenden Punkten:

- Integration im Stadtteil und fundierte Kenntnis der Gegebenheiten
- Interdisziplinarität der Fachleute (Planer, Künstler und Sozialwissenschaftler in einem engen Zusammenhang)
- Prozessbegleitende Aufstellung einer „PlanBude“, die als Örtlichkeit und Marke zum Teil des Prozesses wird
- Wirtschaftlichkeit (Honorargrößen in einem unteren Level, (Beteiligung von Hochschulen – HCU und HAW).

6. *Über welchen Zeitraum soll das Beteiligungsverfahren durchgeführt werden?*

Der konkrete Beteiligungsprozess soll in sechs Monaten durchgeführt werden. Der Start soll ab Aufstellung der Container der „PlanBude“ erfolgen, dies wird voraussichtlich Mitte August des Jahres sein.

7. *Wie hoch sind die prognostizierten Gesamtkosten für das geplante Beteiligungsverfahren? Welche Kosten entstehen durch die bislang beauftragten Dienstleistungen? Bitte Kosten nach Dienstleistung und beauftragten Unternehmen differenziert darstellen.*

Bislang wurden noch keine Dienstleistungen beauftragt, daher lassen sich noch keine Gesamtkosten nennen.

8. *Wer trägt die Kosten für das geplante Beteiligungsverfahren? Sofern die Kosten zwischen der Bayerischen Hausbau und der Freien und Hansestadt Hamburg geteilt werden: Welchen Anteil der Kosten trägt die Stadt und wie rechtfertigt der Senat die Kostenübernahme?*

9. *Welche weiteren Kosten (beispielsweise Aufstellen von Containern) sind mit dem geplanten Beteiligungsverfahren verbunden? Wer trägt diese Kosten? Sofern die Kosten zwischen der Bayerischen Hausbau und der Freien und Hansestadt Hamburg geteilt werden: Welchen Anteil der Kosten trägt die Stadt und wie rechtfertigt der Senat die Kostenübernahme?*

Die Kosten werden überwiegend von der Freien und Hansestadt Hamburg (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und Bezirksamt Hamburg-Mitte) getragen, die Bayerische Hausbau GmbH & Co. KG stellt die Container mit Ausstattung.

Da es sich bei der Neubebauung um ein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt und um ein wichtiges Wohnungsbauprojekt handelt, das in einem sensiblen Umfeld hohe Akzeptanz erfordert, ist eine intensive Bürgerbeteiligung für den Erfolg notwendig. Die Fläche der ehemaligen Esso-Häuser ist aufgrund ihrer Größe von fast einem gesamten Baublock und ihrer Lage im Stadtteil ein Schlüsselgrundstück für die weitere Entwicklung des Stadtteils St. Pauli. In dem von Veränderungsprozessen stark betroffenen Stadtteil und weit darüber hinaus hat das Vorhaben eine kontroverse und grundsätzliche Diskussion über den Umgang mit Veränderungen und Fragen im Hinblick auf die generelle Ausrichtung von Stadtentwicklung aufgeworfen. Für den Planungs- und Beteiligungsprozess gelten daher hohe Anforderungen (siehe Vorbemerkung). Am Gelingen dieses Prozesses besteht ein hohes öffentliches Interesse. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.